

Gerechter Friede in Afghanistan?

Positionen der evangelischen und katholischen Kirche

von Gerhard Arnold

„Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ Diese Parole linker und pazifistischer Gruppen schien im Herbst letzten Jahres vor der Wahl zum Bundestag noch ganz in den politischen Meinungskampf zu gehören. Gerade nach dem Luftangriff auf zwei entführte Tanklaster bei Kunduz in den Morgenstunden des 4. Septembers 2009 wurde der politische Streit härter. Viele unbeteiligten Opfer waren nach dem Bombardement, von einem deutschen Oberst angefordert, zu beklagen. Der Meinungsstreit über einen raschen Abzug unserer Soldaten aus Afghanistan ist nun recht unerwartet in die evangelische Kirche vorgedrungen.

„Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Wir brauchen Menschen, die .. ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufbegehren. .. Ich bin nicht naiv. Aber Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden in Afghanistan. Wir brauchen mehr Fantasie für den Frieden, für ganz andere Formen, Konflikte zu bewältigen.“ Sie begründet diese Überzeugung mit dem Hinweis auf die vielen Menschen, die vor 20 Jahren in Dresden die Kerzen und Gebete belächelt haben.

Die zitierte Passage stammt aus der Neujahrspredigt von Landesbischöfin Margot Kässmann, inzwischen Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und wurde live im Fernsehen aus Dresden übertragen. An anderer Stelle, in einem Interview mit der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* an Heiligabend 2009 hat sie gesagt: „Möglichst bald sollten die deutschen Soldaten aus Afghanistan abgezogen werden.“ Diese Aussage wurde aber in einer viel beachteten Pressemeldung so wiedergegeben, als ob die Bischöfin für einen sofortigen Abzug der Soldaten eingetreten wäre.

Der Streit um Bischöfin Kässmann

Mit beiden genannten Äußerungen hat sie eine Welle der Entrüstung ausgelöst, aber von anderer Seite auch viel Zustimmung gefunden.

Beide Äußerungen zusammen haben ihr von Unionsseite, aber auch von der SPD und von den GRÜNEN die Kritik eingebracht, sich naiv und populistisch zu äußern. Sie hat es ihren Kritikern insofern leicht gemacht, als sie nicht ansatzweise gesagt hat, wie sie sich in der brutalen Welt des täglichen Kleinkrieges eine fantasievolle und vor allem realistische Friedenslösung vorstellt. Die Lage ist geprägt von einem erbarmungslosen Kampf der Taliban gegen die eigene Bevölkerung und gegen die internationalen Friedensunterstützungstruppen (ISAF). Es war auch ungeschickt, weil unrichtig, so forsch zu behaupten, in Afghanistan sei nichts gut. Immerhin wurde die Infrastruktur, insbesondere Straßen und Brücken, erheblich verbessert, die Basisgesundheitsdienste erreichen den Großteil der Bevölkerung in weiten Teilen des Landes und der Aufbau der Grundschulen geht gut voran.

Es ist nicht recht verständlich, warum die Ratsvorsitzende der EKD gerade die Weihnachtstage genutzt hat, um eine ganze Reihe von Presse- und Hörfunk-Interviews zum Thema Afghanistan zu geben. Hohe Amtsträger der EKD haben sich seit Herbst 2008, seit dem Beginn der vielen Sprengstoffanschläge auf Bundeswehr-Patrouillen und der steigenden Zahl der Gefallenen und Verwundeten, immer wieder zu der verschärften Konfliktlage auch im Norden des Landes, im Großraum Kunduz, geäußert. Dies geschah durch den früheren EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Wolfgang Huber und den Militärbischof Martin Dutzmann.

Bischof Huber zu Afghanistan

Im November 2008 hat der damalige Ratsvorsitzende der EKD in seinem Bericht an die Synode der EKD gesagt, dass die Bundeswehr nach den verstärkten Angriffen auf sie Abwehrmaßnahmen treffen müsse. „Aber eine Konzeption dafür, die Bedingungen gewaltfreien Zusammenlebens wieder herzustellen, wurde bisher nicht gefunden. Der Militäreinsatz in Afghanistan war zu lange nur an der Abwehr des Terrorismus ausgerichtet; zivile Ziele beim Wiederaufbau, die nichtmilitärische Förderung der Sicherheit im Land und Reformen bei Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit traten dahinter zurück.“ Er bringt damit die Grundgedanken evangelischer Friedensethik zur Geltung, wonach bei internationalen Friedenseinsätzen die militärischen Maßnahmen ganz dem zivilen Aufbau und dem Schutz der betroffenen Menschen dienen müssen. Nüchtern sagt Bischof Huber ergänzend: „Auch die in manchen Bereichen – zum Beispiel der Gesundheitsvorsorge, dem Schutz für Frauen und den Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche – erreichten Fortschritte würden aufs Spiel gesetzt, wenn sich die internationale Gemeinschaft jetzt kurzfristig aus Afghanistan zurückziehen würde. .. Die Taliban wollen das ganze Land unter ihre Kontrolle bringen, um von hier aus ungestört Terrorattacken in aller Welt zu planen. Ein einfaches Herauskommen aus dieser Situation gibt es nicht.“

Der oberste Repräsentant der evangelischen Kirche schätzte die Lage in Afghanistan und den Verlauf der internationalen Intervention als völlig unbefriedigend ein, sah aber auch keine einfachen Lösungen. Hubers Positionsbestimmung hat weder damals noch später innerkirchlich nennenswerte Kritik gefunden, auch wenn verständlicherweise stark oder radikal pazifistische Gruppen schon vorher ein Ende der ganzen Militäroperation in Afghanistan gefordert haben und weiterhin fordern.

Evangelische Militärseelsorge hart gefordert

Ein Jahr später, im Oktober 2009, konnte Bischof Huber in seinem letzten Ratsbericht an die EKD-Synode erstaunliches bekannt geben: „Kirchliche Friedensarbeit und Seelsorge in der Bundeswehr [sind] einander heute näher gerückt sind, als das je zuvor der Fall war. Doch schwere Entscheidungsfragen werden uns auch in Zukunft nicht erspart bleiben. Dabei denke ich ganz besonders an den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Es ist bemerkenswert, dass die Schärfung des Gewissens, die Anwaltschaft für die Nöte der Soldaten und das Drängen auf eine klare Strategie zur Beendigung dieses Einsatzes von der Seelsorge in der Bundeswehr und insbesondere von unserem Militärbischof Martin Dutzmann formuliert werden.“ Neben der Hauptfrage nach der Friedensperspektive für Afghanistan hat im Jahr 2009 wegen der gefallenen und verwundeten Soldaten der seelsorgerliche Aspekt starkes Gewicht bekommen, der Beistand für die Truppe, die Betreuung der steigenden Zahl von seelisch traumatisierten Afghanistan-Rückkehrer. Erstaunlich ist Hubers Feststellung insofern gewesen, als sich das Jahrzehnte lange schwierige, durch viel Misstrauen geprägte Verhältnis zwischen EKD und Landeskirchen auf der einen und der evangelischen Militärseelsorge auf der anderen Seite seit kurzem aufgelöst hatte. Das hing auch damit zusammen, dass die neue Friedensdenkschrift der EKD vom Oktober 2007 mit ausführlichen Äußerungen zu Militäreinsätzen eine klare Grundlage für alle Bischöfe bildet.

Unverdrossen mahnte Militärbischof Dutzmann eine Ausstiegsstrategie für die Afghanistan-Truppe an. Am 2. Mai letzten Jahres sagte er vor der EKD-Synode in Würzburg: „Geschieht in Afghanistan genug, damit der gerechte Frieden wachsen kann? Vor allen Dingen: Geschieht zivil genug? Soldaten, die zurückkommen, äußern in Gesprächen deutliche Zweifel daran. Sie beklagen, dass nicht genug passiert und dass oft genug die Anstrengungen nicht hinreichend genug koordiniert werden.“ Nach der Rückkehr von seinem Truppenbesuch in Afghanistan hat er sich zum Anwalt der Soldaten gemacht, die von ihrer Erfahrung berichtet haben, im Krieg zu sein.

Nach dem folgenreichen Luftangriff auf zwei von den Taliban entführte Tanklaster hat der Militärbischof eine Vorverurteilung des betroffenen Oberst Klein abgelehnt, aber auch eine rasche Untersuchung des Vorfalls gefordert. Er sagte am 6. November 2009, im Gebiet der Bundeswehr herrsche Ausnahmezustand. Kriegerische Auseinandersetzungen seien immer unübersichtlich, dabei passierten auch Fehler. Das sei jedoch keine Entschuldigung für ein Fehlverhalten. Er sagte weiter, dass nach der Friedensdenkschrift der EKD der Einsatz „rechtserhaltender Gewalt“ nur in ganz engen Grenzen möglich sei. „Dazu gehört unter anderem, dass der Gewaltgebrauch an ein Gesamtkonzept gebunden ist.“ An einem solchen stimmigen und umsetzbaren Gesamtkonzept für den zivilen Aufbau im Lande fehle es aber weiterhin. Einen schnellen, überhasteten Abzug der Bundeswehr lehnt er genauso ab wie der Ratsvorsitzende Huber 2008 und 2009. Auch die neue Ratsvorsitzende der EKD, Bischöfin Kässmann, hat mittlerweile klargestellt, dass sie einen baldmöglichen Rückzug wünscht, keinen sofortigen.

Beträchtliche Übereinstimmung mit der katholischen Kirche

Zwischen der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche gibt es bereits seit langem große Übereinstimmungen in der Friedenslehre. Der Grundgedanke des gerechten Friedens verbindet beide. Für schwerste innerstaatliche Konflikte mit furchtbaren humanitären Notlagen sehen beide Kirchen die Möglichkeit einer militärischen Intervention vor, gebunden an strenge Kriterien. Es ist deshalb nicht überraschend, dass beide Kirchen auch in der Beurteilung des Afghanistan-Konflikts eine gleiche Sichtweise vertreten. Deutlich erkennbar wird dies bei den vielfachen öffentlichen Äußerungen der beiden Militärbischöfe.

Evangelischerseits wurde von einem schnellen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan abgeraten. Der katholische Militärbischof Walter Mixa äußerte sich ähnlich. Am 22. Oktober letzten Jahres, auf der Gesamtkonferenz der Militärseelsorge, sagte er, ein schneller Rückzug der Bundeswehr wäre ein Fehler. Die von den Soldaten geleistete Aufbauarbeit würde in Frage gestellt werden und das Sterben der deutschen Soldaten wäre nach menschlichen Maßstäben umsonst gewesen.

Vermutlich in Reaktion auf die Kässmann-Kontroverse in der evangelischen Kirche hat Bischof Mixa am 5. Januar eine ausführliche Erklärung zur aktuellen Afghanistan-Diskussion abgegeben. Darin hat er auf die wichtigsten Grundsätze katholischer Friedenslehre hingewiesen. Demnach ist der Einsatz kriegerischer Mittel immer ein Übel, nach päpstlicher Überzeugung „eine Niederlage der Menschheit“ und nur unter sehr engen Bedingungen vertretbar. Kriegerische Handlungen müssen der Abwehr eines dauerhaften und schweren Schadens für eine Nation oder Völkergemeinschaft dienen, aber nur dann, wenn andere Mittel nicht wirksam sind. Im Blick auf den Bundeswehreinsatz schreibt er, dass er ursprünglich nicht zur Kriegsführung gedacht gewesen sei, „sondern zur Stabilisierung des Landes im Rahmen einer umfassenden Aufbauhilfe.“ Davon könne gegenwärtig nicht mehr die Rede sein.

Bischof Mixa bringt damit das gleiche Unbehagen über die veränderte Einsatzweise der Bundeswehr zum Ausdruck wie die evangelische Seite. Es kann deshalb nicht verwundern, dass er sich in der Kässmann-Kontroverse auf ihre Seite gestellt hat, weil auch sie über die deutsche Kampfeteiligung tief erschrocken ist.

Die wissenschaftliche Theologie unterstützt das Anliegen von Bischof Mixa auf der ganzen Linie. Der katholische Sozialethiker Thomas Hoppe sagte am 19. November 2009 dieser Zeitung, wie sich die Kirche zu Afghanistan positionieren solle: „Ich halte es gerade in der jetzigen Situation für geboten, dass die Kirche die unverzichtbaren ethischen Grundnormen für die Kontrolle und Eingrenzung organisierter Gewalt im öffentlichen Bewusstsein hält und die politisch Verantwortlichen daran erinnert, dass sie für deren Durchsetzung Sorge tragen müssen. Darüber hinaus liegt ein Kernanliegen kirchlicher Friedensethik darin, dass sich Einsätze wie in Afghanistan an der Leitperspektive eines gerechten Friedens orientieren. Dies

bedeutet auch, die tatsächlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass gesellschaftliche Lebensformen möglich werden, in denen ein verlässlicher Schutz grundlegender Rechte der Person an die Stelle allgegenwärtiger Gewalt tritt. Hier bleibt vieles noch zu tun.“